

*Kommune, Forum Politik, Ökonomie, Kultur, 24. Jahrgang, 4/2006, S.13*

## **DDR-GESCHICHTE UND DDR-MYTHOS**

Die im Mai 2005 von der Kulturstaatssekretärin Christina Weiß eingesetzte *Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur*, sollte „Element eines Gesamtkonzepts für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter besonderer Berücksichtigung von Widerstand und Opposition formulieren.“

Fünfzehn Jahre nach dem Mauerfall eine überfällige Initiative, doch wahrscheinlich wäre viel früher angesichts eines tief gespaltenen Kollektivgedächtnisses wenig bei herausgekommen. Ein beachtliches Ergebnis liegt seit dem 15. Mai dieses Jahres vor. Publizistische Bedenkenträger eiern seit der Veröffentlichung des Dokuments in ihrer Kritik um formale, organisatorische und didaktische Fragen herum oder entblöden sich, der Kommission einen „Rot-roten Tunnelblick“ zu unterstellen, weil sie sich weigere, die Gesellschaft der DDR allein als Gewaltkonstrukt der SED und ihres Befehlsgebers Sowjetunion zu betrachten (*FAS* v. 16. Juli 2006). Dabei treffen sich die Schnittmengen ideologisch politischer Interessen von rechts und dem, was sich links betitelt, in Verweigerung: Wahrzunehmen, dass beide deutschen Staaten eine Geschichte - auch des 20. Jahrhunderts - haben, dass beide deutschen Diktaturen Volksgemeinschaften waren.

Weder die „gegenwärtige Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression“ noch allein die Ausstellung von Opfern und ihren Leidensorten wird den vorhandenen geschichtsrevisionistischen Kräften, von denen die - sich als Opfer der Bundesrepublik gerierenden - Verbände ehemaliger Täter aus dem DDR-Staatsapparat besonders widerwärtig auftreten, wirksam entgegentreten können. Die zu beobachtende „Trivialisierung der DDR-Diktatur und Verächtlichmachung seiner Opfer“ ist durchaus vereinbar mit einer um sich greifenden History-Kultur, die sich am unreflektierten Schaukastenblick auf Geschichte orientiert. Sie ist auch vereinbar mit dem Aufwärmen überwunden geglaubter Dogmatik aus dem Hause der Totalitarismusforschung in Dresden. Die Haltungen sind bekannt aus bundesrepublikanischer „Vergangenheitspolitik“ (N. Frei) und einer Gegenwart, die sich immer noch schwer tut, die deutsche Volksgemeinschaft als Kern zeithistorischen Nachdenkens zu identifizieren. In der Formulierung der Kommission werden diese Defizite artikuliert: „Insbesondere Alltag und Widerstand einer diktaturunterworfenen Bevölkerung (bleiben) weitgehend ausgeblendet und damit auch die

spannungshafte Wechselbeziehung von Herrschaft und Gesellschaft zwischen Akzeptanz und Auflehnung, Begeisterung und Verachtung, missmutiger Loyalität und Nischenglück. Die historisch-politische Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit droht damit einen Mangel zu wiederholen, der auch NS-bezogenen Aufarbeitung immer wieder vorgehalten worden ist: dass sie die alltägliche Funktionsweise des Systems und die alltägliche Aushandlung individueller Entscheidungsspielräume nicht ausreichend sichtbar zu machen und dem Stellenwert des Verhaltens und der Verantwortung des einzelnen für die Macht der Diktatur nicht hinreichend gerecht zu werden mag... Eine historische Aufarbeitung, die die Interaktion von Herrschaft und Gesellschaft übergeht und die entstehenden und erodierenden Bindungskräfte der DDR in ihren jeweiligen Entwicklungsstadien (und damit den lebensweltlichen Rang und Identifikationswert des Alltags) ignorierte, wäre verfehlt und nach Überzeugung der Kommission unvollständig.“ That’s it.

Anwürfe, die vorhandenen Großgedenkstätten wie Hohenschönhausen, Normannenstraße, Marienborn und andere oder die oft spontan gegründeten und durch Privatinitiative und viel ehrenamtliches Engagements erhaltenen Stätten von Leid und Gewalt, sollten platt gemacht oder unter staatlich/politische Oberaufsicht gestellt werden, sind aus der Luft gegriffen. Kein kleines Grenzlandmuseum im Eichsfeld oder Bayrischen Wald soll geschleift werden. Es geht darum, aus vor sich hinwerkelnden Einrichtungen ein Diskussionsforum zu schaffen, das über Dokumentation staatlicher Repression hinaus Wirkungsweisen und Bindungskräfte im DDR-System analysiert.

Solch Herangehensweise bastelt nicht retrospektiv aus einem totalitären Staat eine Diktatur lite. Sie öffnet jedoch vielleicht den Zugang, über eine zielgerichtete Erforschung von Strukturen und Elementen totaler Herrschaft in Deutschland seit 1933 entgegen antifaschistischem DDR-Mythos und westlicher Besserwisseremphase, den Opfern der SED-Diktatur endlich angemessen gerecht zu werden und die träge Überwindung von diffusen Geschichtsbildern zu beschleunigen.